

Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik.

Hg. Berlin, 13. Dezember.

Unter starker Beteiligung hielt am Montag der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik seine vierte Mitgliederversammlung ab. Den Vorsitz führte Oberbürgermeister Dr. Scholz (Charlottenburg), der feststellte, daß auch der Tätigkeit der Kommunen der Sieg mit zu danken sei, den Deutschland hinter der Front errungen habe.

Das erste Behandlungsthema lautete:

„Die Kriegsbeschädigtenfürsorge.“

Landesrat Dr. Horion (Düsseldorf) schilderte die Erfahrungen, die er seit etwa acht Monaten in der Zentralstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Rheinprovinz gemacht hat, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß die Stimmung der Kriegsbeschädigten gegenüber der ersten Zeit des Krieges sich wesentlich gebessert hat. Allgemeine Vorwürfe, es fehle den Kriegsbeschädigten am guten Willen, wieder in das Erwerbsleben zurückzuführen, seien unbegründet. Allerdings sei die Neigung zum Schreiber- oder Kaufmännischen Beruf zu groß, und es müßte alles vermieden werden, um den Kriegsbeschädigten die Idee zu nehmen, daß sie alle Schreiber werden könnten. Gerade die Auslichten, in diesem Beruf ein Fortkommen zu finden, würden nach dem Kriege sehr gering sein. Die Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten habe im Rheinland bisher glänzend geklappt. Bei der jetzigen Lage des Arbeitsmarktes sei das ja freilich nicht schwer. Später werde es nicht mehr so leicht sein. Das wichtigste Problem werde die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Armbeschädigte sein, deren Zahl täglich wachse, während die Zahl der für sie geeigneten Stellen nicht im gleichen Umfange zunehme.

Bürgermeister Dr. Syppe (Frankfurt) schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für problem. Weite Arbeiterkreise befürchten von einer umfangreichen Beschäftigung Kriegsbeschädigter eine lohnrückende Tendenz. Man werde zweifellos bei der Entlohnung nach Zeit

der Versuch gemacht werden, das Lohnniveau allgemein herabzubrüden. Hier müßten Tarifverträge ausgleichend wirken. Jetzt gelinge es ja, fast alle Kriegsbeschädigten dem Erwerbsleben zuzuführen. Ob das aber auf die Dauer und vor allem nach Rückkehr der Millionen von Arbeitskräften aus dem Felde möglich sein werde, könne noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Gegenüber dem Gedanken der Bodenreformer auf Schaffung von Kriegsheimstätten verhält sich der Redner absolut ablehnend.

In der Aussprache trat Senatspräsident Dr. von Strauß und Torney (Berlin) dafür ein, daß Kriegsbeschädigten, die zur Ertrunksucht neigen, statt der Geldrente Sachleistungen gewährt werden. — Reichstagsabg. Meyer (Herford) wünschte Maßnahmen gegen die Nervenpsychose. Die Kriegsbeschädigten würden sich leichter in das Erwerbsleben einführen lassen, wenn sie nicht den Verlust der Rente befürchten müßten. Man sollte deshalb entweder etwa nur alle zehn Jahre eine Nachprüfung vornehmen, oder Schwerbeschädigten eine ein für allemal feststehende Rente für die Lebensdauer gewähren.

Ueber

Kriegsmaßnahmen der Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelver- sorgung

sprach Oberbürgermeister Koch (Kassel). Unbereikbaar herrscht an vielen Lebensmitteln eine wirkliche Knappheit. Dagegen helfen keine polizeilichen, sondern nur wirtschaftliche Maßnahmen. Wir haben es ja beim Brot am besten gesehen. Die fleisch- und fettlose Lage haben gewiß ihren Wert, aber man sollte ihre Tragweite nicht überschätzen. Fettkarten würden nichts helfen, denn sie wären nicht wie die Brotkarte Verteilungs-, sondern Beschränkungskarten. Die notwendigen Nahrungsmittel, neben Getreide die Kartoffeln und die Fette, müssen, wollen wir auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung weiter kommen, im denkbar größten Umfange den Selbstverwaltungsorganen zur Verteilung überlassen werden. Um zu verhindern, daß die Städte planlos auf dem Lebensmittelmarkt umherirren, muß der Einkauf im In- und Auslande, um ein gegenseitiges Uebervorteilen zu vermeiden, durch große, vom Reich ins Leben gerufene Zentraleinkaufsstellen erfolgen. Diese Zentralstellen ihrerseits müssen dann für die Ueberweisung an die Städte Sorge tragen.

Oberbürgermeister Dr. Wilms (Wosen) trat im Gegensatz zum Vorredner für die Einführung von Fettkarten ein.

In der Aussprache wurden auch gründliche Maßnahmen für die Fleischversorgung verlangt und der bestehende Butterhöchstpreis als viel zu hoch bezeichnet. Hg.
